

Position

Brandenburg



Eine unscheinbare, aber wichtige Verbesserung

Neue Gymnasiale-Oberstufe-Verordnung (GOSTV) stärkt den Stellenwert der Politischen Bildung an den Beruflichen Gymnasien

Zeitnah nach der Unterzeichnung der neuen Gymnasiale-Oberstufe-Verordnung durch Bildungsminister Holger Rupprecht am 21. August 2009 hat der DVPB-Landesvorstand Brandenburg dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport folgende Stellungnahme übermittelt:

Der Landesverband Brandenburg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) hat die gegenwärtigen Reformvorhaben in der Gymnasialen Oberstufe (GOST), eingeleitet mit der Gymnasialen-Oberstufen-Verordnung vom 25. 11. 2008 und der neuen GOSTV vom 21.08.2009 mit Interesse zur Kenntnis genommen. Dieses Reformvorhaben dient der curricularen Umsetzung der Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Schuljahren. Die Neustrukturierung des Bildungsangebots in der GOST orientiert sich an den Empfehlungen der durch die KMK beschlossenen „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II“ vom 24.10.2008 und den bundesweiten Entwicklungen in der Gymnasialen Oberstufe.

Die Stellung des Faches Politische Bildung im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld hat sich mit dieser GOSTV an den Beruflichen Gymnasien der Oberstufenzentren deutlich verbessert, da Politische Bildung wieder als Wahlpflichtfach belegt werden kann. Die Wahlmöglichkeit des Faches Politische Bildung im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld an Gymnasien und Gesamtschulen ist zumindest erhalten geblieben, auch wenn wir aus Sicht unseres Fachverbandes eine stärkere Stellung der Politischen Bildung wünschen würden. Da an den Schulen das Kursangebot von den personellen und sächlichen Möglichkeiten vor Ort abhängt, kann an kleinen Schul-

standorten ein Teil der Fächer aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld nicht immer angeboten werden. Somit könnte einigen Brandenburger Abiturientinnen und Abiturienten eine grundlegende, allgemeinbildende politische Bildung vorenthalten werden.

Wir erhoffen uns von der stärkeren Stellung des Faches Politische Bildung an den Beruflichen Gymnasien und der grundsätzlichen Wählbarkeit des Faches in der Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen positive Wirkungen für den Politikunterricht in der Sekundarstufe I. Mit dem neuen Rahmenplan Politische Bildung in der Sekundarstufe I vom August 2008 ist dieses Fach wieder verbindlich ab Klasse 7 bis Klasse 10 zu unterrichten. Dementsprechend müsste in jeder Brandenburger Schule im Rahmen der Kontingenzstundentafel dieses Fach ab Klasse 7 vertreten sein. Leider gibt es im Rahmenplan keine verbindlichen Orientierungen, in welchem Mindestumfang dieses Fach in der Sekundarstufe I unterrichtet werden müsste, um die verbindlichen Ziele und Inhalte umzusetzen. Eine verbindliche Regelung zur Mindeststundenzahl von Politischer Bildung in der Kontingenzstundentafel der Sekundarstufe I wäre unseres Erachtens auch deshalb zu fordern, um dem Fach Politische Bildung in der Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen gleiche Chancen einzuräumen. Damit dies möglich ist, muss Politische Bildung in der Sekundarstufe I in einem entsprechenden Umfang unterrichtet worden sein. Nicht zuletzt ist dies auch eine Frage der Chancengleichheit und des Ziels, jeden Schulabgänger zu politischer Mündigkeit zu bilden und zu erziehen. In diesem Sinne hat sich der Fachverband schon vor einem Jahr anlässlich der Einführung des neuen Rahmenlehrplans positioniert.

Der DVPB-Landesverband Brandenburg wird seine Mitglieder und die Politiklehrerinnen und Politiklehrer weiterhin bestärken, sich für eine Implementierung der Politischen Bildung ab Klasse 7 an jeder Schule im Land Brandenburg

Position

einzusetzen und hofft auf eine deutliche Unterstützung der Schulen durch das LISUM.

Die mit der neuen GOSTV vom 21.08.2009 gesetzten neuen Rahmenbedingungen machen es unseres Erachtens erforderlich, die Rahmenpläne für das Fach Politische Bildung in der Gymnasialen Oberstufe zu überarbeiten. Die reduzierte Stundenzahl für die Kurse (2 statt 3 und 4 statt 5 Wochenstunden) erfordert eine sinnvolle didaktische Reduktion nach

fachwissenschaftlichen und fachdidaktische Kriterien.

Wir bieten als Fachverband unsere Mitarbeit an und hoffen, dass die Überarbeitung der Rahmenpläne diesmal so rechtzeitig beginnt, dass eine breite Mitwirkung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern, von Fachwissenschaftlern und -didaktikern sowie der DVPB ermöglicht wird.

Gemeinsam mit anderen Fachverbänden des gesellschaftswissenschaftlichen

Aufgabenbereiches wollen wir in einen Erfahrungsaustausch treten, um mit Ideen und Alternativkonzepten die curriculare Ausgestaltung der reformierten Gymnasialen Oberstufe kritisch-konstruktiv zu begleiten.

In der Hoffnung, dass unser Angebot angenommen wird, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Dieter Starke
Landesvorsitzender